

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 9

Artikel: Ein Überlebender des Slansky-Prozesses spricht
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Überlebender des Slansky-Prozesses spricht

Ende 1953 wurden in Prag 14 führende Kommunisten nach einem Schauprozess verurteilt. Elf von ihnen endeten am Galgen. Drei kamen mit lebenslänglichem Kerker davon und sind jetzt auf freiem Fuss. Es war der sogenannte *Slansky-Prozess*, der Prozess gegen ein «titoistisch-zionistisches staatsfeindliches Verschwörerzentrum» mit dem ehemaligen Generalsekretär der Partei, Rudolf Slansky, an der Spitze. Im nichtkommunistischen Ausland war schon damals festgestellt worden, dass es sich durchweg um parteitreue Kommunisten gehandelt hat, die weder mit Tito, der damals als «Faschist» galt, noch mit dem Zionismus das geringste zu tun gehabt hatten, dass es sich bei den grotesken Selbstbeschuldigungen der Angeklagten um erpresste Geständnisse handelte, da die Angeklagten die widersinnigen Dinge, derer man sie beschuldigte, nie begangen haben konnten. Noch vor den umstürzenden Ereignissen dieses Jahres in der Tschechoslowakei ist man nach und nach im kommunistischen Bereich von dem Hexenprozess von 1952 abgerückt. Zuerst wurde im Gefolge der versuchten Aussöhnung mit Tito der «antititoistische» Teil der Anklage als falsch widerrufen, und das ungeachtet des Umstandes, dass Slansky doch «gestanden» hatte, ein Agent Titos zu sein, der tschechoslowakische Tito werden zu wollen und als solcher im Dienste der amerikanischen Imperialisten den Kapitalismus wiederherstellen zu wollen! Dass die Geständnisse durch physischen und psychischen Zwang herbeigeführt worden waren, wagte man damals noch nicht zuzugeben. Dann wurde der «antizionistische» Teil der Anklage als falsch hingestellt, und das wieder, wiewohl die elf Angeklagten, die jüdischer Abstammung waren – kein einziger von ihnen ein Zionist –, ihre «zionistische» und daher nach dem damaligen kommunistischen Sprachgebrauch «faschistisch-imperialistisch-kapitalistische» Einstellung bis zum Überdruß «gestanden» hatten. 1963 war man, obwohl sich der damalige Präsident und Parteichef *Antonin Novotny* dagegen nach Kräften wehrte, endlich soweit, zuzugeben, dass die Geständnisse erpresst und der ganze Prozess eine Fälschung war. Aber es hat erst des Sturzes Novotnys bedurft, dass in der Tschechoslowakei selbst die volle Wahrheit über diese Ermordung von Kommunisten durch Kommunisten ans Tageslicht kommt.

Eugen Löbl, einer der drei Überlebenden unter den Angeklagten, der erst 1960 aus der Haft entlassen worden ist, hat nun ein Buch über seine Erlebnisse in slowakischer Sprache veröffentlicht, das mit anerkennenswerter Schnelligkeit auch deutsch erschienen ist (Eugen Löbl-Dusan Pokorný, «*Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder*». Hinter den Kulissen des Slansky-Prozesses. Europa-Verlag, Wien 1968). Löbl, 1907 in der Slowakei geboren, war schon in den Vorkriegstagen ein überzeugter Kommunist.

Obwohl er es unter dem kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei weit gebracht hatte, kann man ihn nicht als Karrieristen bezeichnen. Er hat der Idee, der er sein Leben geweiht hatte, ehrlich und nach bestem Gewissen gedient und das vor allem in der Funktion des Stellvertreters des Aussenhandelsministers, eine Funktion, die er bis zu seiner Verhaftung Ende 1949 bekleidete. Er war in der Wirtschaftspolitik des kommunistischen Regimes ein wichtiger Faktor, aber man kann ihm nicht vorwerfen, dass er irgendeinen Anteil an dem Unterdrückungssystem, an der Einkerkung Unschuldiger, an der Verfolgung Andersdenkender oder überhaupt Denkender gehabt hat. Die Frage nach dem Beweggrund zur Veranstaltung von Schauprozessen gegen solche Menschen ist immer noch nicht vollständig geklärt. Aber man geht wohl nicht fehl, wenn man sie mit dem Bedürfnis der Kommunisten begründet, ihr vollständiges Versagen auf allen Gebieten vor der Bevölkerung nicht mit der Sinnwidrigkeit und Lebensfremdheit ihrer Doktrin, sondern mit dem verbrecherischen Treiben von Menschen zu erklären, die sich im Auftrag des Gegners – am besten der amerikanischen «Imperialisten» – in die Partei «eingeschlichen» haben, um alles zu sabotieren und zugrunde zu richten. Die Volkswut, die sich gegen die Kommunisten kehrte, sollte in Ausnützung antisemitischer Instinkte auf jüdische Kommunisten abgelenkt werden. Die Abneigung der Tschechen gegen alles Deutsche sollte – und das von der internationalen Partei der Kommunisten – ausgewertet werden, indem man dem Volk das Schauspiel schlecht Tschechisch sprechender deutscher Angeklagter vorführt, die sich der fürchterlichsten Verbrechen beschuldigen. (Löbl gehört nicht in diese Kategorie. Obwohl er deutscher Muttersprache ist, spricht er fließend Slowakisch.)

Nach seinen Angaben wurde Löbl das erstemal im September 1949 «parteimässig» verhört, ohne dass man ihm gesagt hätte, was gegen ihn vorliegt. Bezeichnenderweise wurde er zu diesem Verhör von einem Parteifunktionär vorgeladen, der dann drei Jahre später mit Löbl zusammen angeklagt war und hingerichtet wurde. Man sperrte ihn in eine Gefängniszelle ein, die es im Gebäude gab, in das sich die Kommunistische Partei einquartiert hatte. Das war ein ehemaliges Bankgebäude am Prager Graben, der Hauptstrasse im Herzen der Stadt – auch dort hatte man also ein Miniaturgefängnis eingerichtet! Löbl, der nicht wusste, was man von ihm wollte, schrieb einen Lebenslauf, worauf man ihn gegen das Versprechen, Stillschweigen zu bewahren, wieder entliess. Kurz darauf erfolgte die Verhaftung, unmittelbar gefolgt von einer Periode der grässlichsten Erniedrigung und Beleidigung der Menschenwürde. Man hat Löbl nicht körperlich misshandelt, aber man hat alle die anderen Dinge versucht, die *Arthur Koestler* in seinem Roman «Sonnenfinsternis» beschreibt, um ihn zu einem Geständnis zu bewegen. Man hat ihn stundenlang und oft in der Nacht verhört, ihm immer wieder die gleichen Fragen gestellt, ihn bis aufs Blut

gequält, ihn gezwungen, auch in seiner Zelle die ganze Zeit stehend (selbst während des Essens) zu verbringen, man hat ihm Drogen gereicht, bis er so zermürbt war, dass er Bereitschaft zeigte, alles zu gestehen, was man von ihm wollte. So hat er auch «gestanden», im Aussenhandelsministerium Sabotageakte in einem Zeitpunkt verübt zu haben, zu dem er längst in Haft war – auf solche Feinheiten kam es schon nicht mehr an.

Löbl war eigentlich nur eine Nebenfigur in dem grossen Prozess. Mit dem zentralen Thema hatte er kaum etwas zu tun, und deshalb erhellt sein trotzdem sehr interessantes Buch nur einen Sektor der Materie. Aber er steuert ein interessantes und bezeichnendes Detail bei, das bisher unbekannt war. *Rudolf Slansky* wurde im November 1951 «entlarvt» und verhaftet. Bis in den September dieses Jahres war er der allmächtige Generalsekretär der Partei, vor dem Ungezählte mit Recht zitterten. Dann war er kurze Zeit Ministerpräsident-Stellvertreter, in der damaligen kommunistischen Rangordnung eine Stufe zum Galgen. Ende Juli 1951 war sein fünfzigster Geburtstag, und er wurde von dem Regime mit allen Ehren gefeiert, die es zu vergeben hat. Die gesammelten Reden und Schriften Slanskys erschienen in Buchform (um gleich darauf eingestampft zu werden). Klement Gottwald, Staatsoberhaupt und Parteiboss, verlieh ihm einen hohen Orden. Aber schon im März 1951 hat einer der Quälgeister, die Löbl verhörten, ihm die ultimative Frage vorgelegt, welche Beziehungen er mit dem «Feind der Partei, dem imperialistischen Agenten Rudolf Slansky», gehabt hätte. Diese Bemerkung über den Generalsekretär der Partei musste Löbl, der sich inzwischen an manches gewöhnt hatte, doch sprachlos machen. Er erbat sich Bedenkzeit. Mit Slansky hatte er keine Beziehungen gehabt und konnte daher auch keine gestehen. Aber jetzt fiel ihm eine Möglichkeit ein, von der er sich seine Rettung versprach. Er machte ein schriftliches «Geständnis» über Verhandlungen, die er mit Slansky geführt haben wollte, aber die Gegenstände, um die es ging, hatte er in Wirklichkeit – es handelte sich um Fragen des Aussenhandels – mit dem Parteiführer Gottwald besprochen. Löbl sagte sich, dass dieses «Geständnis», da es den Generalsekretär der Partei betraf, sicher Gottwald vorgelegt werden würde, der sich erinnern müsse, dass eigentlich er diese Gespräche mit Löbl geführt hat. Gottwald, den Löbl uneingeweiht wähnte, würde sich empören und dem ganzen Spuk ein Ende machen. Er würde dafür sorgen, dass Löbl ehestens rehabilitiert in Freiheit gesetzt wird. Die Rechnung ging nicht auf. Gottwald erhielt das Schriftstück zur Kenntnis, tat aber nicht das geringste. (Er wusste ganz genau, dass seine eigene Politik jetzt als die Sabotagearbeit anderer ausgegeben wurde.) Löbl sah, dass er verloren, dass aber auch über Slansky schon das Urteil gefällt war. Gottwald hatte Slansky, seine «rechte Hand», schon im März 1951 zum Tode verurteilt, zeigte sich aber weiter mit ihm öffentlich, gratulierte ihm öffentlich mit einem feierlichen Schreiben zum Fünfziger, hängte ihm einen Orden um . . . Kommu-

nistische Moral! Wer vermag diese abgrundtiefe Niedertracht zu verstehen?

Die «Geständnisse», die die Angeklagten vor Gericht abzulegen hatten, wurden mit ihnen einstudiert. Es gab wiederholte Probevorstellungen vormittags und nachmittags: ein Beamter las Löbl die Fragen vor, die ihm vor Gericht gestellt würden, und er musste die Antwort aufsagen, die er auswendig zu lernen hatte. In den Verhandlungspausen brüsteten sich die diversen Beamten damit, dass «ihr» Angeklagter am schönsten, das heisst buchstabengetreu, ausgesagt hatte. Diese ganze grausige Atmosphäre steigt in Löbls Schilderung wieder vor uns auf. Aber er gibt keine Antwort auf die naheliegende Frage, warum er nicht (oder ein anderer der Angeklagten) vor Gericht das «Geständnis» als erpresst, sachlich falsch und unwahr erklärt hat. War es der Glauben daran, der geliebten Partei einen Dienst zu erweisen, der sie davon abhielt? Auch die, die bereits ihren Kopf verloren hatten und nichts mehr verlieren konnten? Hier klafft eine Lücke.

Löbl veröffentlicht viele Dokumente in dem begreiflichen Bestreben, die Unrichtigkeit dessen zu beweisen, was er vor Gericht «gestanden» hat. Aber in dem Prozess wurden so ungeheuerliche Dinge gesagt, dass zum Beispiel der Beweis, die Ermöglichung der Errichtung einer Bleistiftfabrik in Israel durch Löbl sei kein Sabotageakt gewesen, nicht mehr sehr ins Gewicht fällt. Wichtiger ist, dass die seinerzeitige Anklagerede des Staatsanwalts, der heute unangefochten in Prag lebt, mit allen ihren widersinnigen Behauptungen und Schlussfolgerungen wiedergegeben ist – seinerzeit hat das Prager Regime ein (frisirtes) Prozessprotokoll auch deutsch herausgegeben, aber heute haben diese Stücke Seltenheitswert. Interessant sind auch Löbls Mitteilungen über die brutal-ausbeuterischen Methoden der Repräsentanten des sowjetischen Regimes bei Handelsvertragsverhandlungen. Da Mikojan, der seinerzeitige Aussenhandelsminister, in allen Ehren in den Ruhestand geschickt wurde, hätten diese Dinge noch vor kurzem in der Tschechoslowakei nicht gedruckt werden können.

Erfreulich sind die Schlussbemerkungen Löbls, die in ein Bekenntnis zu einem humanistischen Sozialismus ausklingen. Man dürfe, schreibt er, nicht ausschliesslich das Unrecht sehen, das an den Kommunisten verübt worden ist:

«Wir fühlen uns mit allen solidarisch, denen Unrecht zugefügt wurde, die Opfer der Willkür und der Diktatur geworden sind. Begnügen wir uns nicht mit der Rehabilitierung der mehr oder minder verdienten Parteimitglieder.»

Die Frage, ob eine diktatorisch und autoritär auftretende, keinen Widerspruch und keine legale Opposition duldende, im Grunde terroristische Partei in der Lage ist oder überhaupt sein kann, als Garant gegen die Wiederkehr von Vergewaltigungen der Menschenwürde aufzutreten, diese Frage aller Fragen beantwortet Löbl freilich nicht.